

Flüchtlingen droht Abschiebung nach Westafrika

Bundesländer bereiten Flug vor / Für Togo gibt es keine "Hindernisse aufgrund der Menschenrechtssituation"

Hamburg will mit anderen Bundesländern erneut Flüchtlinge nach Westafrika ausfliegen. Dafür steht ein Charterflugzeug bereit, das auch Togo ansteuert, obwohl Mecklenburg-Vorpommern einen Abschiebestopp verhängte.

Hamburg · Die Abschiebungen nach Togo sind fest eingeplant, obwohl Amnesty International das Land seit Jahren für Menschenrechtsverletzungen kritisiert. Auch Joschka Fischer war von der Lage in dem westafrikanischen Staat nicht begeistert. Ende April vergangenen Jahres forderte der damalige Außenminister die togoische Regierung auf, die "Hetzkampagne gegen Deutsche" einzustellen. Hintergrund waren Ereignisse, die sich im Zuge der Präsidentschaftswahlen in Togo im April 2005 ereignet hatten.

Der damalige Innenminister Francois Boko hatte kurz vor der Wahl öffentlich gemacht, was nicht nur die togoische Opposition gebetsmühlenartig wiederholt hatte. In detaillierten Aussagen hatte der Innenminister ein Wahlfälschungssystem nachgezeichnet, mit dem sich der Sohn des jahrzehntelang regierenden Diktators Gnassingbé Eyadéma, Faure Gnassingbé Eyadéma, an der Macht halten wolle. Aus Angst vor Repression war Boko daraufhin in die deutsche Botschaft geflüchtet. In der Nacht zum 29. April fackelten bewaffnete Männer das Goethe-Institut in der Hauptstadt Lomé ab. Deutsche flüchteten aus Togo, der ehemaligen deutschen Kolonie. Gut 30 000 Togoer sollen nach der Wahl Eyadémas geflohen sein. Rund um die Wahl gab es Tote und Verletzte.

Togo, das unter dem im vergangenen Jahr verstorbenen Ex-Präsidenten jahrzehntelang als diktatorisches Terrorregime galt, zählt für die deutschen Behörden bis auf wenige Ausnahmen trotzdem nicht zu den Ländern, in die nicht abgeschoben werden darf. Laut Bundesamt für Flüchtlinge, das über die Anerkennung von Asylanträgen zu entscheiden hat, gibt es für das westafrikanische Land "keine generellen Abschiebehindernisse aufgrund der Menschenrechtssituation", sagt eine Sprecherin. Daher werden Togoer von den Ausländerbehörden der einzelnen Bundesländer weiterhin abgeschoben. Zu ihnen zählt auch Alassane Mousbaou, der Ende Januar aus Mecklenburg-Vorpommern abgeschoben wurde. Auf dem Flughafen sei er bereits von Sicherheitskräften mit Fotos von Demonstrationen der deutschen Exil-Opposition in Berlin, an denen er teilgenommen habe, konfrontiert und bedroht worden, schrieb Mousbaou seiner Kieler Rechtsanwältin Daniela Noetzel. Außerdem habe sich ein Soldat aus seinem Geburtsort ihm gegenüber offenbart und ihn gewarnt, dass seine Einheit ihn "aus politischen Gründen eliminieren" solle. Mousbaou floh daraufhin nach Ghana. "Auch dort ist er in Gefahr, weil die togoische Geheimpolizei ihn sucht", sagt Anwältin Noetzel, die nun versucht, ihren Mandanten per Gericht wieder nach Deutschland zu holen.

Denn mittlerweile hat zumindest das rot-rot regierte Mecklenburg-Vorpommern einen halbjährigen Abschiebestopp für Togoer aus humanitären Gründen erlassen, dem sich andere Bundesländer bisher nicht angeschlossen haben. Unter der Federführung Hamburgs bereiten derzeit mehrere Bundesländer einen Charterflug für Abschiebungen nach Westafrika vor. Die Hamburger Ausländerbehörde bestätigte, dass "auch Togo angefliegen wird", so deren Sprecher Norbert Smekal. Weitere Einzelheiten könne er erst nach Abschluss der Abschiebung nennen, so Smekal weiter. *Jörn Breiholz*

Abschiebung nach Togo

Amnesty International (AI) kritisiert seit Jahren massive Menschenrechtsverletzungen in Togo. Dazu zählt AI etwa Ermordungen von Oppositionellen.

Asylbewerber aus Togo werden in Deutschland kaum anerkannt. Nach Angaben des Bundesamts für Flüchtlinge wurden 2005 von 674 Anträgen nur fünf positiv beschieden. Für 55 Togoer wurde ein Abschiebeschutz, beziehungsweise ein Abschiebehindernis, festgestellt. jöb